

## Vom MGB zum MfS/SfS

### Die Übernahme sowjetischer Haftorte und die Entwicklung des Gefängniswesens der DDR-Staatssicherheit in der ersten Hälfte der 1950er Jahre in Ostberlin. Eine chronologische Übersicht

Peter Erler

Die Genese des Untersuchungshaftwesens des MfS in Ostberlin und seine weitere Entwicklung in den frühen 1950er-Jahren sind noch weitgehend unerforscht. Die vorliegenden mageren Angaben zum Beispiel zu Datierungen, zum Personal oder zu den Standorten der Gefängnisse umreißen lediglich die Konturen und ergeben noch lange kein auch nur annähernd aussagekräftiges und facettenreiches Geschichtsbild.<sup>1</sup> Diese unbefriedigende Situation ist primär der defizitären Quellenlage geschuldet. Bezogen auf den Betrachtungszeitraum stellen die überlieferten Sachakten des MfS und insbesondere der für die Untersuchungshaft sowie für den ministeriumsinternen Strafvollzug zuständigen Dienstseinheiten im Archiv des BStU ein relativ seltenes Überlieferungsgut dar. Ein substantieller Erkenntnisgewinn ist teilweise nur durch die arbeitsintensive systematische Sichtung von Kaderunterlagen und Gefangenenakten sowie die Auswertung von Erinnerungsberichten ehemaliger Häftlinge möglich.

#### *Ausgangssituation 1950*

Auf seiner Sitzung am 28. Dezember 1948 behandelte das Politbüro der Kommunistischen Partei der Sowjetunion als vierten Tagesordnungspunkt „Fragen Deutschlands“.<sup>2</sup> Im Rahmen dieses Themenkomplexes verabschiedete das Moskauer Parteigremium nach längerem Drängen der SED-Spitze um Walter Ulbricht und gegen die massiven Vorbehalte des -Chefs der sowjetischen Staatssicherheit (MGB) Viktor Abakumow eine Beschlußvorlage über die Einrichtung eines ostdeutschen Sicherheitsdienstes.<sup>3</sup>

Nach der Vorstellung der sowjetischen Entscheidungsträger sollten die Handlungsbefugnisse dieser politischen Geheimpolizei jedoch stark eingeschränkt sein. Sie sollte lediglich als weitere Hilfstruppe der Besatzungsmacht in Erscheinung treten.

Die Bildung der Vorläuferstrukturen des MfS und die Rekrutierung von Kadern begannen bereits ab Anfang 1949. In diesem Kontext kam es zu größeren Umgruppierungen und Neuformierungen innerhalb des Apparates des für Deutschland zuständigen MGB-Bevollmächtigten. Davon waren auch die unmittelbaren Repressionsorgane betroffen. So wurden auf Grundlage des MGB-Befehls Nr. 0097 vom 25. März 1949 die zwanzig Bezirksabteilungen mit den dazugehörigen Untersuchungsgefängnissen in den Operativen Sektoren (Opersektoren) Brandenburg, Mecklenburg/Vorpommern,

---

1 Beleites, Johannes: Abteilung XIV: Haftvollzug (MfS-Handbuch, Teil III/9). Hrsg.: BStU, Berlin 2004; Ders.: Ehemalige Untersuchungshaftanstalten des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR. Berlin 2000, S. 9–13; Wiedmann, Roland: Die Dienstseinheiten des MfS 1950–1989. Eine organisatorische Übersicht (MfS-Handbuch). Hrsg.: BStU, Berlin 2012, S. 70 f., 90–94.

2 Politbüro des ZK der WKP (B) – AKP (B). Tagesordnung der Sitzungen, Band III, 1940–1952, Katalog. Moskau 2001 (russisch), S. 543. Offiziell wurde die oben genannte Bezeichnung und die dazugehörige Abkürzung KPdSU erst 1952 eingeführt.

3 Zu dieser Vorgeschichte des MfS siehe: Tantzsch, Monika: Die Vorläufer des Staatssicherheitsdienstes in der Polizei der Sowjetischen Besatzungszone – Ursprung und Entwicklung der K 5. In: Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung 1998. Berlin 1998, S. 154 f.; Otto, Wilfriede: Erich Mielke – Biographie. Berlin 2000, S. 112 ff.

Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen aufgelöst. Danach existierten auf Landesebene derartige Hafteinrichtungen nur noch in den MGB-Zentralen in Potsdam, Schwerin, Dresden, Halle und Weimar sowie im Rahmen der für die Sowjetische Aktiengesellschaft „Wismut“ zuständige Abteilung „WT“ in Chemnitz.<sup>4</sup> Nicht betroffen vom Befehl Nr. 0097 waren die Untersuchungsgefängnisse der Militärtschekisten in den zentralen Standorten der Gruppe der sowjetischen Besatzungsstreitkräfte in Deutschland.

Etwas anders verlief die Entwicklung im Ost-Berliner Opersektor des MGB. Hier blieben die Abteilungen in den acht Stadtbezirken bestehen. Die Anzahl der entsprechenden Dienstobjekte wurde jedoch um die Hälfte reduziert, so daß sich zukünftig zwei Abteilungen einen Gebäudekomplex mit Keller-Gefängnis teilen mußten.

Nach vorliegenden Angaben zog die Abteilung Mitte im September 1949 zur Abteilung Prenzlauer Berg in das Haus 3 in der Prenzlauer Allee 63 um.<sup>5</sup> Wahrscheinlich aus diesem Grund führten dort deutsche Handwerker noch bis Ende November 1949 umfangreiche Renovierungsarbeiten aus. Neben den beiden Stadtbezirksabteilungen hatten im Gebäudekomplex Prenzlauer Allee 63–77 außerdem die Abteilung Spionageabwehr „LI“ und die Untersuchungsabteilung „OS“ des Berliner Opersektors ihren Dienstsitz.<sup>6</sup>

Anfang Oktober 1949 erfolgte die Ausquartierung der lokalen MGB-Abteilung aus Pankow. Sie wurde zur Abteilung Weißensee in ein Fabrikgelände in der Metzstraße 77–81 verlegt. Auch hier fanden umfangreiche Baumaßnahmen speziell zur Sicherung der Anlage statt.

Im November 1949 verließ die Abteilung Friedrichshain ihren bisherigen Stützpunkt. Sie kam in einem größeren Eckhaus mit Nebengebäuden in der Schloßstraße 4/Ecke Wilhelmstraße 30 (heute: Am Tierpark/Ecke Alfred-Kowalke-Straße) unter, wo bereits seit 1945 die Abteilung Lichtenberg ansässig war.<sup>7</sup>

Die Mitarbeiter der Abteilung Köpenick mußten erst im April 1950 die Umzugskisten packen. Sie wurde im Domizil der Abteilung Treptow in der Hasselwerderstraße 38–40 aufgenommen.

Bereits am 11. November 1950 räumte die Besatzungsmacht die Haftstätte in der Albrechtstraße 26 in Berlin-Mitte.<sup>8</sup> Die institutionelle Zuordnung dieses Untersuchungsgefängnisses ist noch unklar. Der erste Nachweis für eine Inhaftierung in dem ehemaligen Amtsgebäude<sup>9</sup> stammt vom März 1947. Vermutlich war dieser Haftort der zentra-

---

4 Petrov, Nikita: Die sowjetischen Geheimdienstmitarbeiter in Deutschland. Der leitende Personalbestand der Staatssicherheitsorgane der UdSSR in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands und der DDR von 1945–1954. Berlin 2010, S. 21 ff.

5 Zu dieser Hafteinrichtung siehe ausführlich: Fuhrmann, Reinhard: Die Haftstätte in der Prenzlauer Allee (1945–1956). In: Berlin-Brandenburgische Geschichtswerkstatt (Hrsg.): Prenzlauer, Ecke Fröbelstraße. Hospital der Reichshauptstadt, Haftort der Geheimdienste, Bezirksamt Prenzlauer Berg 1889–1989. Berlin 2006.

6 Im „Haus 8“ befand sich außerdem der Amtssitz des sowjetischen Stadtbezirkskommandanten.

7 Nach Angaben eines sowjetischen Ingenieurs, der 1947 in den Westen überlief, verfügte das MGB in diesem Sperrgebiet „über genügend Gebäude in der Tiefe eines schattigen Gartens“. Falsch ist jedoch seine Behauptung – welche heute immer noch unüberprüft zitiert wird –, daß sich in diesem Objekt die Zentrale des Berliner Geheimdienstes befand. Klimow, Gregory: Berliner Kreml. Köln/Berlin 1953, S. 195 f.

8 Landesarchiv Berlin (LAB) C Rep. 105, Nr. 7374.

9 Eigentümer des Gebäudes war das Landeswohlfahrtsamt der Stadt Berlin. Dort waren bis 1945 die Zentralstelle der Gehörlosen Groß-Berlin, eine städtische Steuerkasse und verschiedene Dienstwohnungen untergebracht. Berliner Adressbuch 1943, Teil IV, S. 15.

len Stadtkommandantur oder der Abteilung „UK“ des Berliner MGB-Opersektors – zuständig für die Spionageabwehr im Bereich der zentralen Stadtkommandantur – unterstellt. Die Berliner Bevölkerung munkelte, daß auch im benachbarten ehemaligen Hochbunker aus der NS-Zeit Menschen eingekerkert waren. Sie bezeichnete dieses Gefängnis mit Bezug auf die in der unmittelbaren Nähe gelegenen Schumannstraße deshalb auch als „Schumannbunker“.

Zum Zeitpunkt der MfS-Gründung am 8. Februar 1950 existierten in Ost-Berlin außer den erwähnten vier lokalen Untersuchungsgefängnissen des Berliner Opersektors bekanntermaßen noch zwei zentrale Hafteinrichtungen des MGB. Dabei handelte es sich um die beiden Gefängnisse in der Genslerstraße im Stadtteil Berlin-Hohenschönhausen bzw. in der Magdalenenstraße in Berlin-Lichtenberg.

Das Kellergefängnis in Hohenschönhausen, von den Insassen wegen seiner mehrheitlich fensterlosen Haftkammern als „U-Boot“ bezeichnet, fungierte als zentrales Untersuchungsgefängnis der sowjetischen Geheimpolizei in der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ). Hier waren seit Frühjahr 1947 die Verhörspezialisten aus dem Apparat des MGB-Bevollmächtigten tätig. Mit 66 unterschiedlich großen Hafträumen und zwei Arrestzellen mit jeweils 1,4 Quadratmetern Grundfläche galt es zur damaligen Zeit als größte sowjetische Geheimdiensteinrichtung seiner Art auf deutschem Boden. Formal gehörte es jedoch zur Struktur des Berliner Opersektors, der auch für die Verwaltung und die Absicherung des Haftbetriebs verantwortlich war.<sup>10</sup>

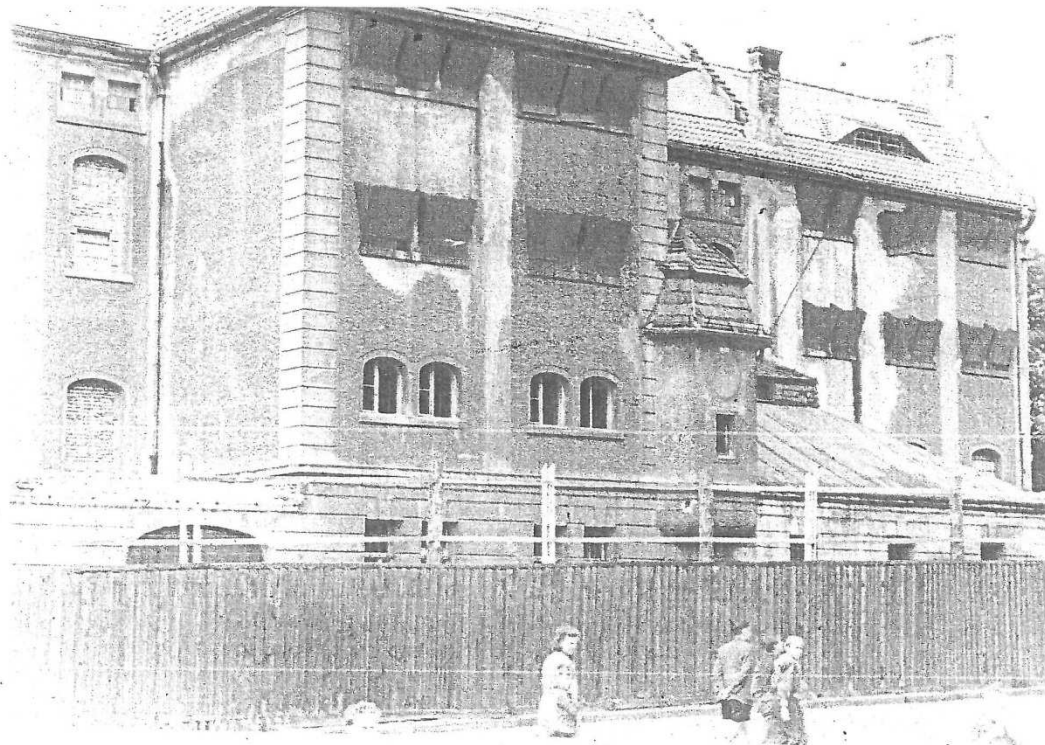
Eine außerordentliche Stellung im MGB-Gefängniswesen der SBZ/DDR nahm der Haftort in der Magdalenenstraße ein. Als Inneres Gefängnis Nr. 6 war er seit Ende März 1947 gleichfalls dem Berliner Opersektor administrativ unterstellt.<sup>11</sup> Hier waren in 128 Zellen auf vier Etagen Frauen und Männer untergebracht, die nach Abschluß der Untersuchungshaft auf ihre Verurteilung warten mußten oder nach der Entscheidung der Justizgremien der Vollstreckung ihrer Strafe entgegen sahen. In den meisten Fällen entschied das Sowjetische Militärtribunal der Gruppe der Sowjetischen Besatzungstruppen in Deutschland (SMT 48240), das regelmäßig in der Kapelle des ehemaligen Amtsgerichtsgefängnisses tagte<sup>12</sup>, über ihre vermeintliche Beteiligung an „konterrevolutionären Verbrechen“ und über das für angemessen erachtete Strafmaß.

---

10 Erler, Peter: Das Untersuchungsgefängnis des sowjetischen Staatssicherheitsdienstes in Hohenschönhausen 1947–1951. Ein historischer Exkurs. In: Deutschland Archiv Heft 2/2005, S. 250–258.

11 Jeske, Natalja/Morré, Jörg: Die Inhaftierung von Tribunalverurteilten in der SBZ. In: Sowjetische Militärtribunale, Band 2: Die Verurteilung deutscher Zivilisten 1945–1955. Hrsg. v. Hilger, Andreas/Schmeitzner, Mike/Schmidt, Ute. Köln/Weimar/Wien 2003, S. 619 ff., 622.

12 Viele Autoren unterliegen einem Irrtum, wenn sie behaupten, daß das SMT 48240 im benachbarten Gebäude des Amtsgerichts am Roedeliusplatz tagte. Zum Beispiel: Rudolph, Jörg/Drauschke, Frank/Sachse, Alexander: Hingerichtet in Moskau. Opfer des Stalinismus aus Berlin 1950–193. Berlin 2007, S. 59.



(20)

Bild 175/2/24

11  
24

Ein Blick hinter die Mauern des Grauens.

Schnell weitergehen! Dieser Aufforderung bedarf es meistens nicht. Die Einwohner Lichtenbergs meiden nach Möglichkeit von selbst die Magdalenenstraße und das große Gebäude, dessen Fenster mit Eisenblenden abgeschirmt sind. Keinen Blick darf der Gefangene in das verlorene Paradies der persönlichen Freiheit tun. Dieser Blick könnte seine Widerstandskraft festigen.

**ARCHIVBILD**

EIGENTUM DER  
BILDSTELLE (VWD)

Fot. Lux  
**HONORARPFLICHTIG**

*Blick auf das Gefängnis in der Magdalenenstraße (Erste Hälfte der 1950er Jahre). BArch, B 285 Bild-100-00024; alte Signatur: Bild 175-I-4 / unbekannter Urheber.*

Die mit der Auflösung der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland (SMAD) und der Bildung ihrer Nachfolgeorganisation, der Sowjetischen Kontrollkommission (SKK), ab Ende 1949 einhergehende schrittweise Reduzierung der sich in Ostdeutschland befindenden Besatzungsstrukturen und die Konzentration der entsprechenden Dienstobjekte, erfaßte auch zentrale Einrichtungen des Innenministeriums MWD und der Geheimpolizei MGB. Im April 1950 stellte die bis dahin im Sperrgebiet in Berlin-Hohenschönhausen gleichfalls in der Genslerstraße ansässige Abteilung Speziallager ihre Tätigkeit ein. Sie unterstand seit 1948 direkt der Moskauer Hauptverwaltung Lager (GULag) und war für die ursprünglich zehn Speziallager in der SBZ mit über 120.000 deutschen Insassen zuständig.

Weitere Kaderreduzierungen und die Neubestimmung von Tätigkeitsschwerpunkten machten schließlich den Berliner Opersektor als Leitungs- und Verwaltungsebene im Gefüge der ostdeutschen MGB-Einrichtungen überflüssig. Nach bisherigen Erkenntnissen wurde er Anfang August 1950 aufgelöst. Die Existenz der erwähnten acht operativen Bezirksabteilungen mit den dazugehörigen Gefängnissen war von dieser Entscheidung nicht betroffen. In den Folgemonaten erhielten sie ihre Weisungen und Befehle direkt vom MGB-Bevollmächtigten in Deutschland. Seinem Apparat, der seit dem Umzug aus Potsdam 1947 in einem gesonderten Sperrgebiet am benachbarten Obersee in Berlin-Hohenschönhausen disloziert war<sup>13</sup>, wurde nun gleichfalls das „U-Boot“ strukturmäßig unterstellt.

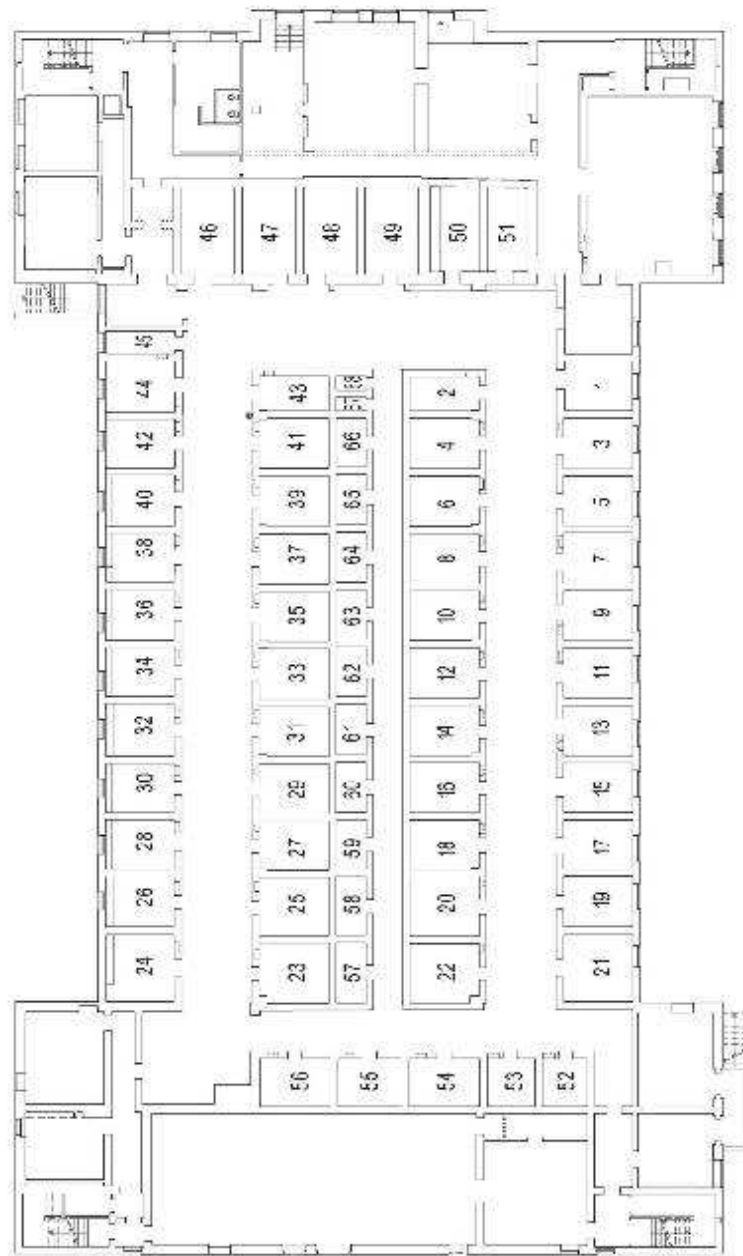
#### *Die ersten MfS-Haftorte in Ost-Berlin 1950*

Die Anfänge des Untersuchungshaftwesens des MfS im Jahre 1950 liegen noch zum großen Teil im Dunkeln. Diese Feststellung gilt sowohl für die zentrale, ministerielle Ebene als auch für die Verwaltung Groß-Berlin. Selbst innerhalb des Stasi-Apparates war später nur noch bruchstückhaftes und durch die Verwechslung historischer Überlieferungen überformtes Wissen über die Gründungszeit präsent. So schreiben in der zweiten Hälfte der 1970er-Jahre zwei Mitarbeiter der Hauptabteilung IX – Kühn und Heise – in einem undatierten „Seminarauftrag“, daß sich die Abteilung Untersuchung im Februar 1950 aus „4 Genossen rekrutierte“ und Anfang August durch fünf Mitarbeiter verstärkt wurde. „Der Sitz (2 Zimmer) befand sich im Objekt Normannenstr. [...] Hier wurden nur die administrativen Arbeiten getätigt, während in der Albrechtstr. (beim Gebäude des Deutschen Theaters), in der Dirksenstr. sowie im ehemaligen Gestapo-Gebäude in der Prinz-Albrecht-Str., heute Niederkirchner-Str., die Vernehmungen zur Durchführung kamen.“<sup>14</sup> Besonders bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang, daß selbst dem namentlich nicht bekannten „Seminarleiter“, der diese gemeinsame Ausarbeitung – ersichtlich an einer handschriftlichen Randbemerkung – korrigierte, der Fauxpas mit der Gestapo-Zentrale nicht auffiel. Die betreffenden Liegenschaften in der Prinz-Albrecht-Straße 8 und 9 lagen im Westteil der gespaltenen Stadt Berlin und konnten allein schon deshalb vom MfS nicht als Gefängnis genutzt worden sein.<sup>15</sup>

13 Erler, Peter: Der sowjetische Geheimdienstbevollmächtigte am Berliner Obersee. Neue Quellen aus Moskauer Archiven. In: ZdF, Ausgabe Nr. 26/2009, S. 61–67.

14 „Seminarauftrag: Bildung der HA IX / Kühn, Heise“. BStU, MfS HA IX 21954, Bl. 192 f.

15 Erst kurz vor ihrem Ende erschien im Militärverlag der DDR eine ausführliche Publikation über die Gestapo-Zentrale: Nippert, Erwin: Prinz-Albrecht-Straße 8. Ereignisse – Tatsachen – Zusammenhänge. Berlin-Ost 1988. Mitunter kommt es selbst in der historischen Fachliteratur zur Verwechslung der Albrechtstraße mit der Prinz-Albrecht-Straße. Otto: Mielke, S. 145; Kießling, Wolfgang: „Leistner ist Mielke“. Schatten einer gefälschten Biographie. Berlin 1998, S. 145.



Rekonstruktion nach: U-Epp  
 Oederkotte Berlin-Hohenschönhausen  
 03.08.2010 Schulz+Drieschner GbR

Plan 1 Rekonstruktionsversuch mit Zellennumerierung

*Rekonstruktionsversuch für das zentrale Kellergefängnis („U-Boot“) des MGB in Berlin-Hohenschönhausen 194–1951. Quelle: Zeitgeschichte/Denkmalpflege: Schulz+Drieschner GbR. Simon-Dach-Straße 26 10245 Berlin.*

Historisch korrekt ist dagegen die Benennung des Objekts in der Nähe des Deutschen Theaters. In dem gerade vom MGB verlassenen vierstöckigen Backsteingebäude in der Albrechtstraße 26 richtete das MfS sein erstes zentrales Untersuchungsgefängnis ein. Nach Abschluß von Malerarbeiten und der notwendigen Innenausstattung stand es ab Anfang/Mitte März 1950 wieder für die Aufnahme von Häftlingen bereit.<sup>16</sup> Die kurzzeitige Schließung der Geheimdiensteinrichtung blieb der Öffentlichkeit vermutlich verborgen. Der Betreiberwechsel war für die Bevölkerung lediglich am Austausch der Außenposten erkenntlich, die nun andere Uniformen trugen.

Ungeklärt ist, ob das benachbarte ehemalige Schulgebäude in der Albrechtstraße 27<sup>17</sup>, in dem bis November 1949 ein Warenhaus der SMAD untergebracht war, zum MfS-Gefängnisterritorium gehörte. Ausgeschlossen werden kann dagegen die von den Autoren Beleites, Fuhrmann und Wiedmann erwähnte Nutzung des benachbarten Hochbunkers in der Albrechtstraße 24/25/Ecke Karlstraße (ab 1947 Reinhardtstraße 20/22) als Haftstätte des MfS.<sup>18</sup>

Das Gefängnis mit seinen 35 Zellen war der damaligen Abteilung IX unterstellt, die auch als Untersuchungsorgan des MfS bezeichnet wurde. Das dort tätige Personal wurde schrittweise, erst im Zuge des Beginns der eigenständigen Verhaftungspraxis des MfS rekrutiert. Der damalige Staatssekretär Erich Mielke, dem die Abteilung und somit das Gefängnis direkt unterstand, nahm selbst die eidesstattliche Verpflichtung der ersten Wärter und Vernehmer vor.<sup>19</sup> Als unmittelbarer Leiter der Haftanstalt trat Polizeirat Ewald Yersin im Oktober 1950 seinen Dienst an.<sup>20</sup>

Aus der erst nachträglich nach Juli 1951 erstellten Ein- und Abgangsregistratur geht hervor, daß im zentralen Untersuchungsgefängnis in der Albrechtstraße 123 Frauen und Männer festgehalten wurden.<sup>21</sup> Leider ist diese Auflistung nicht vollständig. Diese Lücken resultieren unter anderem daraus, daß es innerhalb des MfS zunächst noch keine systematische Registrierung von inhaftierten Personen gab. Eine entsprechende Richtlinie dafür trat erst im Rahmen des Minister-Befehls Nr. 1/50 über die Bildung der Abteilung Erfassung und Statistik vom 20. September 1950 in Kraft.<sup>22</sup> Für den Zeitraum davor wurden im erwähnten Registrierbuch lediglich die Angaben von sechzehn Untersuchungsgefangenen der Albrechtstraße fixiert.<sup>23</sup> Weder die Ersteinlieferung von Kurt Müller noch der kurze und tödlich endende Aufenthalt von Willi Kreikemeyer ist darin enthalten.

Der von seinen Genossen nach Berlin gelockte Vizechef der westdeutschen KPD und Abgeordnete des Bundestages Kurt Müller war nach bisherigem Erkenntnisstand Gefängnisinsasse Nr. 1. Seine Erstvernehmung in der Albrechtstraße nahm am 23. März

---

16 Dies belegen auch die Kaderunterlagen der ersten Mitarbeiter der Abteilung IX. So wurde Hans Bialas beispielsweise zum 1. März 1950 als Stationsposten bzw. Wachhabender für die Albrechtstraße eingestellt. BStU, MfS, KS 69/65 (Bialas).

17 Ursprünglich befanden sich in dem Gebäude eine „Berufsschule für Taube“ und die „Gehörlosenschule der Reichshauptstadt Berlin“. Berliner Adressbuch 1943, Teil IV, S. 15.

18 Beleites: Untersuchungsanstalten, S. 9; Fuhrmann, Reinhard: Die Geschichte der Haftstätte in der Prenzlauer Allee in Prenzlauer Berg. In: Wild, Volker Wild/Roder, Bernt (Hrsg.): Haus 3. Haftort des sowjetischen Geheimdienstes und der Staatssicherheit in Berlin-Prenzlauer Berg. Berlin 2011, S. 26; Wiedmann: Diensteinheiten, S. 494. Falsche Angaben zur Albrechtstraße auch bei Rudolph/Drauschke/Sachse: Hingerichtet in Moskau, S. 62 f.

19 Zum Beispiel bei Hans Bialas, Hermann Kloß und Alfred Schierz.

20 MfS KS 232/60 (Yersin), Bl. 84.

21 BStU, MfS Abt. XIV 16782.

22 Richtlinien zur Erfassung der durch die Organe des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR verhafteten Personen vom 20. September 1950. In: Engelmann, Roger/Joestel, Frank: Grundsatzdokumente des MfS (MfS-Handbuch; Teil V/5), Hrsg.: BStU, Berlin 2004, S. 42–45.

23 BStU, MfS Abt. XIV 16782, Bl. 17–20.

1950 Erich Mielke vor. Angesichts der noch dünnen Personaldecke mußten dieses und weitere nächtliche Verhöre vom Leiter der Untersuchungsabteilung Inspekteur Alfred Scholz protokolliert werden.<sup>24</sup> Zwischenzeitlich – ab 24. August 1950 – befand sich Müller im MGB-Gewahrsam in Berlin-Hohenschönhausen, bevor er am 7. März 1951 wieder in den „Schumannbunker“ in Berlin-Mitte zurückverlegt wurde.<sup>25</sup>

Das tragische Schicksal des Generalsekretärs der Reichsbahn Willi Kreikemeyer blieb jahrzehntelang ein streng gehütetes Geheimnis, das erst nach dem Ende der DDR gelüftet wurde. Kreikemeyer galt als ein weiterer potentieller Hauptangeklagter in einem von Teilen der SED-Führung geplanten Schauprozeß („deutscher Rajik-Prozeß“), der der Parteisäuberung dienen sollte.<sup>26</sup> Wegen seiner intensiven Kontakte zum angeblichen US-amerikanischen Spion Noel Field wurde er zur Unperson erklärt und am 25. August 1950 in der Albrechtstraße inhaftiert. Der ehemalige Spanienkämpfer hielt den von den eigenen Genossen ausgehenden massiven psychischen Druck der Bezeichnungen als „Parteifeind“ und „Verbrecher“ nicht aus. Laut Unterlagen des MfS strangulierte er sich am 31. August 1950 mit drei zusammengeknoteten Taschentüchern in seiner Zelle.<sup>27</sup>

Weitere prominente Häftlinge in der Albrechtstraße waren unter anderem der spätere Bonner FDP-Spitzenpolitiker und Inoffizielle Stasi-Mitarbeiter (IM) William Borm, der Kritiker der Waldheimer Prozesse CDU-Staatssekretär im DDR-Justizministerium Helmut Brandt sowie der Generalsekretär der LDP Günther Stempel – gleichfalls in der Gefängnisregistratur unerwähnt – mit Ehefrau und Sekretärin.

Der sich – wie der gesamte Apparat des DDR-Staatssicherheitsdienstes (SSD) – im Aufbau befindenden Verwaltung Groß-Berlin stand bis Sommer 1950 noch kein eigenes Dienstobjekt zur Verfügung. Sie war zunächst zusammen mit verschiedenen Dienststeinheiten der DDR-Volkspolizei im zum großen Teil kriegszerstörten Komplex des Berliner Polizeipräsidium in der Dircksenstraße 13–15 im Stadtbezirk Mitte untergebracht.<sup>28</sup>

Der noch weitgehend intakte Gefängnistrakt in der Alexanderstraße 10 beherbergte zu dieser Zeit eine Strafvollzugseinrichtung und ein Untersuchungsgefängnis der Volks-

---

24 Protokollvermerk über die Festnahme und das Protokoll der Vernehmung vom 23. März 1950 wurden erstmals publiziert in: Lang, Jochen von: Erich Mielke. Eine deutsche Karriere. Unter Mitarbeit von Claus Sibyll. Berlin 1991, S. 231–239.

25 „Ich bin kein Lump, Herr Mielke!“. In: Der Spiegel, Nr. 5/1957; BStU, MfS, AS 103/79 Nr. 201/50. Wilfriede Otto geht irrtümlicherweise davon aus, daß Müller von Mielke im MGB-Gefängnis Berlin-Hohenschönhausen vernommen und am 24. August 1950 in das zu diesem Zeitpunkt noch nicht existierende Untersuchungsgefängnis in Berlin-Karlshorst gebracht wurde. Otto: Mielke, S. 132 ff.

26 Weber, Hermann: Schauprozeß-Vorbereitungen in der DDR. In: Ders./Mählert, Ulrich (Hrsg.): Terror: Stalinistische Parteisäuberungen 1936–1953. Paderborn/München/Wien/Zürich 1998, S. 459–485.

27 Siehe ausführlich: Kießling: Leistner, S. 145 ff.; Otto, Wilfriede: Das Verschwinden des Willi Kreikemeyer. In: UTOPIE kreativ, Heft 100/1999, S. 47–53; MfS AU Nr. 658/90 (Willi Kreikemeyer).

28 Das Polizeipräsidium ist auch unter der Bezeichnung „Rote Burg“ bekannt. 1886 bis 1890 wurde der Ursprungsbau unter der Leitung des Berliner Stadtbaurates Hermann Blankenstein errichtet. Im Jahr 1900 folgte eine Erweiterung unter der Leitung von Paul Thoemer. 1933 wurde der Komplex erster Sitz der Gestapo. Im Zweiten Weltkrieg erlitt das Gebäude in den Jahren 1944 und 1945 schwere Schäden durch Bombardierung im Luftkrieg und bei der Eroberung Berlins durch die Rote Armee. Die Nutzung des Gefängnisses ist bis in die 1950er-Jahre hinein belegt. Heute befindet sich auf dem Areal das Einkaufszentrum „Alexa“. URL: [http://de.wikipedia.org/wiki/Polizeipr%C3%A4sidium\\_Alexanderplatz](http://de.wikipedia.org/wiki/Polizeipr%C3%A4sidium_Alexanderplatz), Zugriff am 18.06.2013.



polizei.<sup>29</sup> In Anlehnung an das historische Stadtgefängnis am Molkenmarkt 2 war der traditionsreiche Haftort im Volksmund unter dem Namen Stadtvogtei bekannt. Davon abgeleitet fand im Schriftverkehr des MfS mitunter die Bezeichnung „UHA Stadtvogtei“ Verwendung.<sup>30</sup>

Der „Dienststelle Fruck“<sup>31</sup>, benannt nach dem kommandierenden Leiter der Stasi-Verwaltung Ost-Berlins Hans Fruck<sup>32</sup>, unterstand in der Dircksenstraße seit mindestens Mai 1950 eine unter ihrer Aufsicht stehende Haftstation.<sup>33</sup> Um die Geheimhaltung gegenüber dem Wachpersonal der Polizei zu wahren, wurden die verhafteten Personen hier konspirativ unter falschen Namen gefangengehalten.<sup>34</sup> Nach Angaben eines ehemaligen Insassen stand an den Zellentüren die Abkürzung „GWON“ – „Gewahrsamer ohne Namen“.<sup>35</sup>

Offenbar existierten enge Arbeitsbeziehungen zwischen dem MfS-Bereich der Stadtvogtei und dem Gefängnis in der Albrechtstraße. So ließ die Abteilung IX der Verwaltung Groß-Berlin im „Schumannbunker“ auch Vernehmungen durchführen.<sup>36</sup> Bekannt ist ebenfalls, daß die wenigen Entlassungen aus der MfS-Hafteinrichtung in der Albrechtstraße über das Polizeigefängnis Dircksenstraße realisiert wurden.<sup>37</sup>

Der Mitarbeiter der BStU-Abteilung Bildung und Forschung Roland Wiedmann erwähnt in seiner neuesten Dokumentation darüber hinaus, daß die zentrale Abteilung IX festgenommene Personen auch in das Frauengefängnis in der Barnimstraße im Stadtbezirk Berlin-Friedrichshain einliefern ließ.<sup>38</sup> Der Autor dieser Zeilen steht dieser von Wiedmann quellenmäßig nicht ausgewiesenen Angabe skeptisch gegenüber. In der Literatur ist sie nicht belegt<sup>39</sup>

29 Die genaue Adresse lautete: Volkspolizei-Haftanstalt, Berlin C 2, Alexanderstraße 10. Z. B.: MfS AP 139/52, Bl. 11.

30 Zum Beispiel: BStU, MfS, AS 104/79 Nr. 217/51.

31 Roder, Bernt: „Sie haben das gegen Sie ergangene Urteil selbst zu verantworten“. Ernst Jost. In: Wild/Roder: Haus 3, S. 84.

32 Schulze, Hans-Michael: Genossen im Kiez. Die „Verwaltung Groß-Berlin“ des Ministeriums für Staatssicherheit und ihre Protagonisten (1950–1985). In: Berlin-Brandenburgische Geschichtswerkstatt (Hrsg.): Prenzlauer, Ecke Fröbelstraße. Hospital der Reichshauptstadt, Haftort der Geheimdienste, Bezirksamt Prenzlauer Berg 1889–1989. Berlin 2006, S. 124.

33 Ernst Jost wurde zum Beispiel am 31. Mai 1950 in die Dircksenstraße eingeliefert. Roder: Urteil, S. 84. Frühere Einlieferungen sind dem Autor nicht bekannt.

34 Zum Beispiel: BStU, MfS, AS 103/79 Nr. 177/50; Vorgang Horst Jänichen, Zeitzeugenarchiv Gedenkstätte Hohenschönhausen (ZZA).

35 Fuhrmann, Reinhard: „Wir sind politische Gefangene, eingesperrt wegen unserer Gesinnung[...]“. In: Wild/Roder: Haus 3, S. 104.

36 Fuhrmann: Geschichte, S. 26; Ders.: „Aber irgendwann wäre ich vermutlich bei denen doch aufgefallen.“ Ulrich Fahlpahl. In: Wild/Roder: Haus 3, S. 52.

37 Ein Hemmnis für die Erforschung dieser VP-Hafteinrichtung ist der Umstand, daß ein Großteil der in Frage kommenden Aktenbestände im Berliner Landesarchiv noch nicht erschlossen ist.

38 Wiedmann: Dienstseinheiten, S. 71.

39 Siehe zum Beispiel: Géliou.: Frauen in Haft. Gefängnis Barnimstraße. Eine Justizgeschichte. Berlin 1994.

*Der Umzug der Zentralgefängnisse 1951*

Bezogen auf die Ausrichtung der Repressionspraxis und die entsprechenden Zielgruppen erfolgte ab der zweiten Jahreshälfte 1950 zwischen dem MGB und dem MfS eine allmähliche Aufteilung der Tätigkeitsfelder sowie die Festlegung von Befugnissen und Kompetenzen. Dabei sollten sich die sowjetischen Tschekisten auf die Unterbindung von feindlichen Aktivitäten (Spionage, Diversion usw.) gegen die Besatzungsmacht und ihr Personal konzentrieren. Der DDR-Staatssicherheitsdienst übernahm – weiterhin intensiv von den MGB-Beratern kontrolliert – schrittweise die Verantwortung für die Verfolgung von tatsächlichen und vermeintlichen politischen Gegnern des SED-Regimes.<sup>40</sup>

Parallel zu diesen Abgrenzungsprozessen liefen in Berlin Vorbereitungen für die Auflösung der verbliebenen Stützpunkte der sowjetischen Geheimpolizei in den Stadtbezirken und für den Umzug des zentralen MGB-Apparats nach Berlin-Karlshorst.

Als neuer Dienstsitz des Bevollmächtigten wurde ein Gebäudekomplex in der Köpenicker Allee 39–57 hergerichtet. Bis zu seiner Besetzung durch die Rote Armee 1945 war dort das St. Antonius Krankenhaus der katholischen Kongregation der Marienschwestern beherbergt.<sup>41</sup> Nach kurzzeitiger Nutzung als Armeelazarett war in dem Gebäudekomplex bis 1949 die Industrieverwaltung der SMAD angesiedelt.<sup>42</sup> Bereits Anfang 1950 wurden zwei Struktureinheiten des MGB-Apparats aus dem aufgelösten Sperrgebiet Wendenschloß in Berlin-Köpenick in das ehemalige Krankenhaus verlegt. Dabei handelte es sich um die Abteilung „UK“ (Überwachung SKK und sowjetische Kolonie) und die Abteilung „RW“ (Transport).<sup>43</sup> Im gleichen Jahr fanden auf dem Gelände der Köpenicker Allee 39–57 verschiedene Instandsetzungs- und Bauarbeiten statt.<sup>44</sup> Im Keller eines Seitenflügels der Immobilie entstand ein großer Zellentrakt.

Im Dezember 1950 zog dann der MGB-Bevollmächtigte Oberst Dawydow mit seinem Apparat aus dem Sicherheitsbereich am Hohenschönhauser Obersee in seinen neuen Dienstsitz ein.<sup>45</sup> Wann genau das dortige Kellergefängnis seinen Betrieb aufnahm, ist noch immer ungeklärt. Nach bisherigem Erkenntnisstand wurden die letzten Untersuchungsgefangenen aus dem „U-Boot“ in der ersten Märzwoche 1951 in die Köpenicker Allee umquartiert.<sup>46</sup>

---

40 Siehe ausführlich: Petrow, Nikita: Nach Stalins Szenarium. Die Rolle der NKWD-MGB-Organe der UdSSR bei der Sowjetisierung der Länder Zentral- und Osteuropas 1945–1953. Moskau 2011 (russisch), S. 114.

41 Das vom Wiener Architekten Felix Angelo Pollak in der Bauhaus-Tradition entworfene Gebäude mit Kapelle wurde nach achtzehnmonatiger Bauzeit am 10. Juni 1930 seiner Bestimmung übergeben. Es war ursprünglich für 300 Kranke bestimmt. Siehe ausführlich: Lazarus, Paul: Das St. Antonius Krankenhaus Berlin-Karlshorst. Errichtet von den Marienschwestern. Grundsätze der modernen Krankenhausbehandlung. Berlin 1931.

42 Schulze, Hans-Michael: Spuren vom „Berliner-Kreml“. Wie die Sowjets fast fünfzig Jahre lang Berlin-Karlshorst geprägt haben. In: ZdF, Nr. 16/2004, S. 59 f.

43 Petrov: Geheimdienstmitarbeiter, S. 23, 38, 40; Fischer, Hella/Fischer, Bernd/Laschke, Michael: 110 Jahre Karlshorst – aus der Geschichte eines Lichtenberger Ortsteils. In: Kulturring in Berlin e. V. (Hrsg.): 110 Jahre Karlshorst – Streiflichter der Geschichte eines Berliner Ortsteils. Berlin 2005, S. 48.

44 Landesarchiv Berlin (LAB) C Rep. 105, Nr. 7454.

45 Erler: Geheimdienstbevollmächtigte, S. 67.

46 Am 6. März 1951 erfolgte die Überführung von Günter Stempel und am 7. März 1951 die des Rätekommunisten Alfred Weiland. Organisiert und durchgeführt wurde die Verlegungsaktion vom Leiter der zentralen Vernehmerabteilung des MGB-Bevollmächtigten (Abteilung „OS“) Hauptmann Aleksandr F. Sykow. Alfred Weiland berichtet über seine Verschleppung in: Der Staatssicherheits-

Bereits am 1. März übergab die Sowjetische Kontrollkommission das Sperrgebiet an der Genslerstraße offiziell an die Regierung der DDR.<sup>47</sup> Von ihr mit den entsprechenden verwaltungsmäßigen Vollmachten ausgestattet, trat noch am gleichen Tag das MfS als neuer Hausherr in Erscheinung.<sup>48</sup> Es übernahm, vermutlich unmittelbar von den abrückenden „Geheimdienstfreunden“, das gesamte, teilweise stark verwahrloste Areal mit den dort befindlichen Funktions- und Wohnbauten.

Ein besonderes Interesse hatte das MfS an der schnellstmöglichen Weiternutzung des Kellergefängnisses. Hier sollte seine neue zentrale Untersuchungshaftanstalt entstehen. Der Backsteinbau hatte gegenüber dem Standort in der Albrechtstraße unübersehbare Vorteile. Dazu gehörten die für die Außensicherung günstige Lage in einem Sperrgebiet, die vergleichsweise etwa doppelt so große Anzahl von unterschiedlich bemessenen Hafträumen, deren für den Wachdienst vorteilhafte Anordnung und Konzentration auf einer Gebäudeebene im Kellergeschoß sowie das Vorhandensein einer Freiganganlage.

Im März/April 1951 wurden die ehemalige Großküche und Räumlichkeiten eines Nebengebäudes nach den Vorgaben der Abteilung IX renoviert und mit Inventar bestückt. An der minimalen Grundausstattung der Haftzellen im Keller mit Kübel, Holzpritsche, Matratze und Decke nahm das MfS keine wesentlichen Veränderungen vor. Die Zellen bekamen lediglich einen neuen Farbanstrich. Außerdem wurden an den Wänden der Kellergänge kleine Regale für Waschutensilien angebracht. Schon gar nicht hatte der neue Betreiber – wie der spätere Chef der Gefängnis-Abteilung XIV Siegfried Rataiczick nach 1990 behauptete – „Verwahräume, Fenster und Türen [...] vergrößert“<sup>49</sup>. Dafür hätte auch die Zeit gefehlt. Bereits am 28. April nahm das „U-Boot“ wieder seinen Betrieb auf. An diesem Tag wurden 36 Gefangene aus der Albrechtstraße nach Berlin-Hohenschönhausen verlegt.

Von nun an war Oberrat Yersin für beide Untersuchungsgefängnisse der Abteilung IX verantwortlich. Im Oktober 1951 mußte er wegen eines Disziplinarvergehens von seinem Posten als Leiter zurücktreten. Seine Nachfolge in Berlin-Hohenschönhausen trat Hans Bialas an – im damals noch gebräuchlichen Volkspolizei-Rang „Rat“.<sup>50</sup> Zum neuen Gefängnischef in der Albrechtstraße wurde der Kommissar Walter Kühne ernannt.<sup>51</sup>

Welche spezifische Rolle der „Schumannbunker“ in Berlin-Mitte in der Folgezeit in der Repressionspraxis des MfS spielte, ist noch weitestgehend unerforscht. Nachweis-

---

dienst. Ein Instrument der politischen Verfolgung in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands. Hrsg. v. Bundesministerium für Gesamtdeutsche Fragen. Bonn/Berlin 1962, S. 147.

47 Eine spätere handschriftliche Notiz vermerkt hinsichtlich der Übergabe „Mit Wirkung vom 1. März 1951“. Schreiben der Vereinigten Grossberliner Versicherungsanstalt an das Amt für Besatzungskosten Weißensee vom 11. Dez. 1952, LAB, Rep., 105, Nr. 18135. Für die Grundstücke Bahnhofstraße 7–9, Freienwalder Straße 15–19 und Genslerstraße 1–2, 68–72 erfolgte am 29. Mai 1951 durch das Magistratsamt für Kriegsschäden und Besatzungskosten letztmalig eine Mietzahlung an den Rechtsvertreter der Firma Heike. Sie betraf den Zeitraum vom 1. Januar bis 28. Februar 1951. Rechnung v. 30. Juni 1951, Ebd. Siehe auch: Camphausen, Gabriele: „Sperrgelände Firma Heike“. In: Über die Frühzeit des Sperrgebietes und Haftgeländes in Berlin-Hohenschönhausen (Publikationsreihe der Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen, Heft 3). Berlin 1997, S. 27 ff.

48 „Bestätigung“ o. D. (1955), Archiv der Gedenkstätte Hohenschönhausen (AGH), Akte 332, ohne Paginierung.

49 Rataiczick, Siegfried: Der Untersuchungshaftvollzug im MfS (Abt. XIV im MfS und in den BV). In: Grimmer, Reinhard/Irmeler, Werner/Opitz, Willi/Schwanitz, Wolfgang (Hrsg.): Die Sicherheit. Zur Abwehrarbeit des MfS. Bd. 2. Berlin 2002, S. 501. Siehe auch: Erlen, Peter: Ein Geheimdienst richtet sich ein. Zur Baugeschichte, Strukturentwicklung und Sicherung des MfS-Sperrgebietes in Berlin-Hohenschönhausen (1. Hälfte der fünfziger Jahre): In: ZdF 2003, Nr. 14/2003, S. 103.

50 MfS, KS 69/65 (Bialas), Bl. 20.

51 MfS, KS 80/75 (Walter Kühne), Bl. 30.

lich diente die „A-Straße“ während der III. Weltfestspiele der Jugend und Studenten in Ost-Berlin als zentrale „Zubringeranstalt“ für Verhaftete. Im Zusammenhang mit der Aktion „Morgenröte“ wurden dort zwischen dem 27. Juli und dem 20. August 1951 allein 207 Personen zugeführt.<sup>52</sup>

Etwa zeitgleich mit dem Umzug des MGB-Bevollmächtigten nach Berlin-Karlshorst stellten die acht operativen Bezirksabteilungen, die gerade vor einigen Monaten zusammengerückt waren, sukzessive ihre operative Tätigkeit ein. Im Januar 1951 räumten die sowjetischen Geheimpolizisten dann schließlich die von ihnen besetzten vier Grundstücke mit den dazugehörigen Kellergefängnissen in den Stadtbezirken Lichtenberg, Prenzlauer Berg, Treptow und Weißensee.

Auch diese Liegenschaften wollte das MfS für seine spezifischen Zwecke übernehmen. Das ehemalige MGB-Objekt Schloßstraße/Ecke Wilhelmstraße übergab die SKK am 25. Januar 1951 an die DDR-Regierung. Noch am gleichen Tag wurde es vom Hauptamt Verwaltung dem MfS zugewiesen.<sup>53</sup> Ähnlich verlief das Procedere beim Nutzerwechsel der sogenannten Villa Obrikat in der Hasselwerderstraße 38–40. Auf den geräumten Grundstücken richteten sich dann die für die Stadtbezirke Lichtenberg bzw. Treptow zuständigen Kreisdienststellen der MfS-Verwaltung Groß-Berlin ein.<sup>54</sup> Die Haftzellen im Souterrain wurden auch nach der Übernahme von der ostdeutschen Geheimpolizei weiter für die Inhaftierung festgenommener Personen verwandt.

Besonders erfreut dürfte das MfS über die endgültige und komplette Freigabe des seit 1945 teilbesetzten Krankenhaus- und Verwaltungskomplexes an der Prenzlauer Allee 63–77 gewesen sein. Nach gegenwärtigem Kenntnisstand nahm die Stasi bereits unmittelbar nach der Auflösung des Berliner MGB-Opersektors im August 1950 einen Teil des großflächigen Areals für sich in Beschlag und organisierte dort den Objektschutz.<sup>55</sup> Hier etablierte die Verwaltung Groß-Berlin schrittweise ihr Hauptstandortquartier.<sup>56</sup>

Die im Keller des Gebäudes Prenzlauer Allee 63 gelegene Zellenanlage nahm ab Januar 1951 Untersuchungsgefangene des MfS auf.<sup>57</sup> Teilweise wurden sie aus der Stadtvogtei am Alexanderplatz überstellt.<sup>58</sup> Das Gefängnis – einzelnen Insassen blieb es wegen des Einsatzes von Wachhunden auf den Gängen als „Hundekeller“ in Erinnerung<sup>59</sup> – unterstand dem Leiter der Abteilung IX der Verwaltung Groß-Berlin Rat Heinrich Söte. Sein neuer Arbeitsplatz befand sich nun im Erdgeschoß der Prenzlauer

---

52 MfS-BdL/Dok. Nr. 005742, Bl. 22.

53 LAB, C Rep. 105, Nr. 19837.

54 Die Kreisdienststelle Treptow wurde 1983 in den Segelfliegerdamm 42–44 verlegt. Danach sollte die MfS-Abt. VIII/12 die Hasselwerderstraße 38–40 beziehen. Orte des Erinnerens. Gedenkzeichen, Gedenkstätten und Museen zur Diktatur in SBZ und DDR. Hrsg. v. Annette Kaminski, bearbeitet von Ruth Gleinig und Oliver Igel, im Auftrag der Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur und der Bundeszentrale für politische Bildung. Zweite, überarbeitete und erweiterte Auflage. Berlin 2007, S. 153; MfS, VRD 9591, Bl. 4–15.

55 Fuhrmann: Haftstätte, S. 110; MfS KS 245/72 (Nehrlich), Bl. 19 f.

56 Auch die Kreisdienststelle Prenzlauer Berg des MfS hatte ab 1951 auf dem Gelände ihr Domizil. Schulze: Genossen, S. 123.

57 Auch in diesem Fall wurden die Haftkammern entsprechend hergerichtet und das Inventar ergänzt. Fuhrmann: Fahlpahl, S. 53; Roder: Urteil, S. 85.

58 Die Haftanstalt Stadtvogtei wurde nach dem „17. Juni 1953“ aufgelöst und der Gebäudekomplex in den darauffolgenden Monaten abgerissen. Angaben von Horst Jähnichen gegenüber dem Autor.

59 Fuhrmann: Haftstätte, S. 114.

Allee 63.<sup>60</sup> MfS-intern wurde dieses Dienstgebäude im Standortkomplex der Verwaltung Groß-Berlin als Haus 3 bezeichnet.<sup>61</sup> Durch die Aktenüberlieferungen der Aktion „Morgenröte“ ist belegt, daß die Vernehmer der Berliner Stasi-Verwaltung auch nach der positiven Veränderung ihrer Arbeitsplatzsituation gelegentlich weiterhin in der Stadtvogtei und in der Albrechtstraße ihrer beruflichen Tätigkeit nachgingen.

Im Blick auf die Anfänge des MfS-Haftwesens in Berlin und seine standortlogistische Fundierung, erscheint das Jahr 1951 besonders ereignisreich.

Anfang Mai bildete sich innerhalb der Abteilung IX ein eigenständiger Zuständigkeitsbereich für den Strafvollzug.<sup>62</sup> Die abkommandierten MfS-Mitarbeiter begannen unmittelbar danach auf dem Gelände der ehemaligen sowjetischen Abteilung Speziallager in der Genslerstraße mit dem Aufbau eines geheimen Sträflingslagers. Die dort künftig einsitzenden Häftlinge sollten kostengünstig vorgesehene umfangreiche Bauvorhaben des MfS realisieren. Weiterhin war geplant, daß die ausschließlich männlichen Insassen den Fuhrpark der Geheimpolizei und der ostdeutschen Regierung technisch betreuen.<sup>63</sup>

Die Entstehung dieser speziellen Haftvollzugseinrichtung unter Verwaltung des MfS geht vermutlich auf Empfehlungen leitender Offiziere aus dem sowjetischen Geheimpolizeiapparat zurück. Dieser betrieb von Mitte 1945 bis Anfang 1949 in der ehemaligen Fleischmaschinenfabrik Richard Heike in der benachbarten Freienwalder Straße ein kleines Haftarbeitslager (HAL) mit ähnlichem Aufgabenprofil.<sup>64</sup>

Anfangs befanden sich vermutlich dort auch die ersten Werkstätten des zunächst noch kleinen MfS-Häftlingskommandos.<sup>65</sup> Stasi-intern erhielt diese Untereinheit der Abteilung IX die Bezeichnung „Strafvollzug“ oder „Objekt St. V“. In der bundesrepublikanischen und der West-Berliner Publizistik figurierte es bald unter der Bezeichnung „Lager X“. Mit der Leitung dieser Hafteinrichtung beauftragte die MfS-Führung den aus dem Sudetenland stammenden Altkommunisten und Spanienkämpfer Karl Keilhofer.<sup>66</sup>

Nach dem Bericht eines ehemaligen Häftlings gegenüber dem Untersuchungsausschuß freiheitlicher Juristen (UfJ) wurde die Haftanstalt in der Albrechtstraße einige Tage vor Weihnachten 1951 geschlossen<sup>67</sup> und nach Berlin-Pankow in die Kissingenstraße verlegt.<sup>68</sup>

Der dort gelegene Gefängnisbau gehörte ursprünglich zur Anlage des 1906/07 erbauten Amtsgerichts in der Kissingenstraße 5–6. Konzipiert war es für die Aufnahme von

---

60 In der Etage darüber befand sich die für Berlin zuständige Abteilung Spionageabwehr. Weiter war im Gebäude eine Fotostelle untergebracht. Schulze: Genossen, S. 127, 137.

61 Ebenda, S. 127.

62 MfS, KS 130/64 (Karl Keilhofer), Bl. 71.

63 Erlers: Geheimdienst, S. 93 ff.

64 Erlers, Peter: Das geheime Arbeitslager des sowjetischen Geheimdienstes in Berlin-Hohenschönhausen. In: ZdF, Nr. 12/2002, S. 98–117.

65 Noch Anfang Dezember 1952 befand sich das Lager in der Freienwalder Straße. Etwa Mitte des Monats wurde das Häftlingskommando dann auf das neu hergerichtete und mit einer drei Meter hohen Mauer umfaßte Gelände neben dem Untersuchungsgefängnis in der Genslerstraße verlegt. MfS KS 130/64 (Karl Keilhofer), Bl. 196; Erlers: Geheimdienst, S. 95.

66 Die Ernennung des Polizeirats Keilhofer zum Leiter der Strafanstalt des MfS erfolgte bereits zum 28. Februar 1951. MfS P 16634/64 (Karl Keilhofer), Bl. 27.

67 Bericht „SSD-Haftanstalt in Berlin-Hohenschönhausen“, BArch Berlin B 137/31745. Später befand sich in dem Gebäude die Botschaft Jugoslawiens.

68 MfS, Abt. XIV 126, Bl. 15.

50 Delinquenten.<sup>69</sup> Die sowjetische Geheimpolizei hatte das eigentlich an der Borkumstraße 20–21 gelegene, imposante Gebäude nur ein Jahr lang okkupiert.<sup>70</sup> Es diente vorübergehend als Gewahrsamsort für die sechzehn Angeklagten des sogenannten Sachsenhausen-Prozesses, der vom 23. Oktober bis zum 1. November 1947 im Rathaus Berlin-Pankow stattfand. Anfang 1948 zog sich der Berliner Opersektor aus dem Gerichtsgefängnis Kissingenstraße zurück und überließ dessen Nutzung wieder den deutschen Justizorganen.

Die nunmehrige MfS-Einrichtung gehörte gleichfalls zur Struktur der Abteilung IX. In der Folgezeit wurden die beiden zentralen Untersuchungsgefängnisse in der Genslerstraße und in der Kissingenstraße ministeriumsintern als Haftanstalt I (H I) bzw. Haftanstalt II (H II) bezeichnet.<sup>71</sup>

Von der geschlossenen Albrechtstraße übernahm die H II die arbeitsteilige Funktion einer zentralen „Zubringeranstalt“. Obwohl nach Einschätzung seiner Vorgesetzten Kommissar Walter Kühne mit dieser Funktion eigentlich überfordert war, amtierte er auch in der Kissingenstraße als Gefängnischef.

### *Etablierung der militärtschekistischen Untersuchungsabteilung 1951/52*

Mit dem seit der Gründung der DDR forcierten Ausbau der unter dem Dach der Polizei bestehenden Bereitschaftsverbände zu einer militärischen Streitmacht – der späteren Nationalen Volksarmee (NVA) – wuchsen dem MfS auch in diesem gesellschaftlichen Bereich verstärkt konspirative und repressive Aufgaben zu.

Schwerpunktmäßig ging es dabei um die Kontrolle Hunderter als militärische und militärtechnische Spezialisten unverzichtbarer ehemaliger Wehrmachtsoffiziere, die Überwachung der noch mäßigen politischen Zuverlässigkeit des gesamten Personalbestandes, die Spionageabwehr sowie um die Bekämpfung der vielfach auftretenden Disziplinverstöße und Fahnenfluchten.

Sowohl der Aufbau der „bewaffneten Organe“ als auch die sich dort seit 1950 entfaltende Tätigkeit des MfS wurde von einer größeren Gruppe von Instruktoren aus dem Apparat des MGB-Bevollmächtigten angeleitet und zielgerichtet beeinflusst.

Zunächst entstanden innerhalb des Staatssicherheitsdienstes für die „Bearbeitung“ der drei Polizeiteilverbände Land/Schulen, See und Luft die Abteilungen VII a, VII b und VII c sowie eine für die Absicherung und Beobachtung des Personals zuständige Abteilung VII d.<sup>72</sup>

Die zentrale Koordinierung und Anleitung dieser vier separaten Geheimdiensteinheiten übernahm die im Dezember 1950 extra für den Aufbau einer übergreifenden Hauptabteilung im militärischen Sicherheitsbereich geschaffene Abteilung I (Information).<sup>73</sup> Zu ihrer Struktur gehörte seit März 1951 eine selbständige, gleichfalls noch in Gründung begriffene Vernehmerabteilung. Als „verantwortlicher Mitarbeiter“ dieses

69 Zentralblatt der Bauverwaltung. Hrsg. im Ministerium der öffentlichen Arbeiten. Berlin, 29. August 1903, S. 432. 1989 konnte das Gefängnis Kissingenstraße 118 Frauen und Männern unterbringen. Für die Verhafteten standen insgesamt 58 Zellen zur Verfügung.

70 Anfang Januar 1947 erhielten die deutschen Justiz- und Polizeiangehörigen die Order, einen Teil der Gebäude in der Kissingenstraße zu räumen. Erler, Peter: Zur Geschichte und Topographie der 90.

71 Für die H I ab November 1951 belegt in: MfS AS 103/79 Nr. 207/51 und 103/79 Nr. 208/51.

72 Wiedmann: Dienstseinheiten, S. 59 ff.

73 Ebd., S. 31.

speziell ausgerichteten Untersuchungsorgans des MfS, wurde der bis dahin in der Abteilung VII a als Instrukteur tätige Rat Willy Neumann eingesetzt.<sup>74</sup> Einschlägige Erfahrungen sammelte er in dem für ihn neuartigen Wirkungsbereich bei seinen Kollegen aus der Abteilung IX. Nach Kadereinschätzungen stellte er dabei „seine persönlichen Belange weitgehend zurück“, arbeitete oft „nächtelang durch“ und konnte durch seinen „selbstlosen Einsatz“ eine Reihe von Untersuchungsvorgängen „mit einem vollen Erfolg“ abschließen.<sup>75</sup>

Nach einer einjährigen Vorbereitungsphase ging schließlich im Dezember 1951 aus der Abteilung I (Information) die Hauptabteilung I (HA I) hervor.<sup>76</sup> In ihrer Funktionsausrichtung und Untergliederung war sie teilweise am „sowjetischen Modell“ orientiert.<sup>77</sup> Darüber hinaus verfügten die Militärtschekisten der DDR im Unterschied zu anderen zentralen MfS-Einheiten über keine „Linien“ – inhaltlich analoge Diensteinheiten – auf Landes- bzw. ab 1952 auf Bezirksebene. Ein weiteres Spezifikum resultierte aus dem Umstand, daß es in den im Aufbau befindlichen Armeeverbänden keine Militärpolizei gab. Deren Funktion übernahm in Anlehnung an die entsprechende Struktur beim sowjetischen Partnerdienst gleichfalls die HA I. In diesem Kontext erfuhr die Vernehmergruppe um den in der Zwischenzeit zum Oberrat aufgestiegenen Willy Neumann eine Aufwertung. Sie wirkte nunmehr unter der Bezeichnung Abt. I/5<sup>78</sup>, und für Neumann, der in den Stasi-Unterlagen bis dahin als „verantwortlicher Mitarbeiter“ bezeichnet wurde, schuf die Kaderabteilung bei gleichzeitiger Beförderung zum Kommandeur Anfang 1952 eine entsprechende Leiterstelle.<sup>79</sup>

Seinen Dienstsitz richtete Neumann in der unmittelbaren Nachbarschaft der Abteilung IX auf dem Territorium des zentralen Untersuchungsgefängnisses in der Genslerstraße 66 ein. Büros und Vernehmerräume entstanden in dem ursprünglich als Wäscherei genutzten Nebengebäude der ehemaligen Großküche. Die Untersuchungsgefangenen der Abt. I/5 – Angehörige der Kasernierten Volkspolizei und der Militärspionage verdächtige Zivilisten sowie im Laufe des Jahres 1952 auch zunehmend Beschuldigte aus den Reihen der Grenzpolizei<sup>80</sup> – saßen gemeinsam mit den Delinquenten der Abteilung IX im „U-Boot“ ein. Von dort wurden sie durch einen überdachten Gang aus Holz, der beide Gebäude verband, zur Vernehmung geführt.<sup>81</sup>

Nach Schätzungen des Autors zählten etwa fünfzehn bis zwanzig Prozent der Insassen des Untersuchungsgefängnisses in Berlin-Hohenschönhausen zum Zuständigkeitsbe-

74 Laut Kaderakte amtierte Neumann seit dem 13. März 1951 in dieser Funktion. MfS KS II 391/83 (Willy Neumann), Bl. 2.

75 Ebd., Bl. 21, 23, 47.

76 Die bis dahin selbständigen Abteilungen VII a bis d wurden geringfügig umstrukturiert und mit neuer Bezeichnung in die HA I eingegliedert. Wolf, Stephan: Hauptabteilung I: NVA und Grenztruppen (MfS-Handbuch, Teil III/13), Hrsg.: BStU, Berlin 2004, S. 55 ff.; Wiedmann: Diensteinheiten, S. 244 ff. Siehe auch: Dietrich, Torsten/Wenzke, Rüdiger: Die getarnte Armee. Geschichte der Kasernierten Volkspolizei der DDR 1952 bis 1956. Berlin 2003, S. 499 ff.

77 Dietze, Manfred/Riebe, Bernhard: Zur Militärabwehr (HA I in MfS), in: Grimmer-Irmeler/Opitz/Schwanitz (Hrsg.): Die Sicherheit, S. 360.

78 Die Existenz der Abteilung I/5 ist seit Dezember 1951 dokumentarisch belegt. MfS KS II 391/83 (Willy Neumann), Bl. 21. Nach Wiedmann gibt es die Untersuchungsabteilung erst seit Sommer 1952. Wiedmann: Diensteinheiten, S. 247.

79 MfS KS II 391/83 (Willy Neumann), Bl. 2, 23, 47, 54, 174.

80 Sälter, Gerhard: Grenzpolizisten. Konformität, Verweigerung und Repression in der Grenzpolizei und den Grenztruppen der DDR 1952 bis 1965. Berlin 2009, S. 365.

81 Zum Übergang zwischen dem „U-Boot“ und dem Dienstsitz der Abt. I/5 siehe z. B.: MfS AS 106/79 Nr. 362/52; Erler, Peter/Knabe, Hubertus: Der verbotene Stadtteil. Stasi-Sperrbezirk Berlin-Hohenschönhausen. Berlin 2005, S. 33 f.

reich der Abt. I/5 und deren Nachfolgestrukturen.<sup>82</sup> Weitere „Militärstraftäter“ waren in der Pankower Kissingenstraße und ab 1953 in der Lichtenberger Magdalenenstraße inhaftiert.

Die Erstvernehmungen erfolgten in der Regel in der Standortarrestanstalt der Kasernierten Volkspolizei (KVP) am Mandrellaplatz 6 in Berlin-Köpenick.<sup>83</sup> Darüber hinaus agierten in der Folgezeit mehrere von der Vernehmerabteilung der HA I angeleitete „Untersuchungsgruppen an verschiedenen [Garnisons]Orten der Republik“.<sup>84</sup>

### *Strukturelle Entwicklung der Linie Untersuchungshaft 1952*

Mit dem stetigen Anwachsen der unmittelbaren Repressionstätigkeit in der DDR vollzog sich neben der logistischen Erweiterung 1951/52 eine weitere organisatorisch-strukturelle Ausdifferenzierung des bestehenden MfS-Apparates und damit verbunden eine Neubestimmung bzw. Modifizierung von Zuständigkeiten und Tätigkeitsbereichen.

Diese Veränderungen tangierten insbesondere auch die geheimpolizeilichen Funktionen des Staatssicherheitsdienstes.

Innerhalb der Abteilung IX entwickelte sich das Haftwesen, welches, wie dargestellt, mittlerweile drei Einrichtungen – zwei Untersuchungsgefängnisse und das Lager X – mit einer wachsenden Mitarbeiterzahl umfaßte, immer mehr zu einem eigenständigen Funktions- und Anleitungsbereich. Seit etwa Mitte 1951 figuriert es in den MfS-Unterlagen als „Abteilung IX A“ oder „Abteilung IX a“.<sup>85</sup>

Im März 1952 wurde dann der Untersuchungshaft- und Lagerstrafvollzug aus der Abteilung IX ausgegliedert und für das Wach- und Leitungspersonal der Hafteinrichtungen eine eigenständige Verwaltungsstruktur geschaffen.<sup>86</sup> Die neue Abteilung erhielt die Ordnungsziffer XIV. Mitunter wurde sie in der Frühphase auch als „Abteilung Gefangenenwesen“ bezeichnet.<sup>87</sup> Wie die zentrale Vernehmerabteilung war sie dem Zuständigkeitsbereich des stellvertretenden Ministers Erich Mielke direkt unterstellt. Als Chef der Abteilung XIV wurde der auf einem einjährigen Lehrgang in der Sowjetunion geschulte und bereits über einschlägige Leitungserfahrung im MfS verfügende Kommandeur Paul Rumpelt eingesetzt.<sup>88</sup> Sein Büro und die Diensträume seines Verwaltungsapparates waren gleichfalls im oberirdischen Teil des „U-Boots“ untergebracht.

---

82 Im Januar 1953 erhielt die Vernehmerabteilung der HA I die Nummer 7. Siehe z. B.: MfS AS 117/79 Nr. 815/53 und folgende Akten; ebd., Abt. XIV 126, Bl. 16 („Der Häftling gehört der Abteilung 1/7.“) Im Dezember 1953 erfolgte die Umbenennung zur Abteilung I/8 und im April 1954 dann zur Abteilung I/9. Wiedmann: Dienststeinheiten, S. 247 f.; Wolf: Hauptabteilung I, S. 55 ff.

83 MfS Sekretariat des Ministers (SdM) 1920, Bl. 29.

84 MfS KS II 391/83 (Willy Neumann), Bl. 30.

85 Zum Beispiel MfS AS 101/79 Nr. 71/51, 104/79 Nr. 248/51 und 261/51.

86 Dokumentiert ist die Existenz der Abteilung XIV z. B. im Krankenbericht eines U-Häftlings vom 15. März 1952. MfS AS 100/79 Nr. 30/51. Wiedmann verlegt die Abteilungsbildung dagegen in den Monat April des Jahres 1951. Vermutlich bezieht er sich bei dieser Terminierung auf die Kaderakte von Paul Rumpelt. Dort heißt es in einem Aktenvermerk vom 15. Januar 1957 „Seit Monat April 1952 ist er als Leiter der Abteilung XIV tätig.“ MfS KS 252/61, Bl. 3; Dienststeinheiten, S. 90.

87 „II. Lektion über den Untersuchungshaftvollzug in den Untersuchungshaftanstalten des Ministeriums für Staatssicherheit“ vom 13. Mai 1953, MfS JHS 57/53 (GVS 1525/53). Siehe auch: Beleites: Abteilung XIV, S. 48.

88 MfS KS 252/61 (Rumpelt), Bl. 3 ff.



### *Übergabe der „Magdalena“ 1953*

Für die Entwicklung des SED-Staates und für die zukünftige Ausrichtung des sowjetischen Besatzungsregimes war das Jahr 1953 eine herausragende Zäsur. Maßgeblich determiniert wurde sie durch den Tod des Diktators Josef Stalin, die spezifischen machtpolitischen Ambitionen des sowjetischen Innenministers Lawrenti Berija sowie die Massenproteste und Revolten um den 17. Juni.

Unter dem erneut zum Geheimpolizei-, Geheimdienst- und Milizchef aufgestiegenen Berija geriet der Apparat des nunmehrigen MWD-Bevollmächtigten unter massive Kritik. Sie gipfelte unter anderem in der Einschätzung, daß die 2222 sowjetischen Tschekisten in der DDR die Arbeit des MfS im Grunde behindern würden. Berija veranlaßte daraufhin eine weitere Reduzierung ihrer Vollmachten, ihres Aufgabenspektrums und ihrer organisatorischen Strukturen. Begleitet wurden diese Maßnahmen, die auch nach der Verhaftung Berijas am 26. Juni 1953 im wesentlichen unverändert blieben, von einer radikalen Kürzung des Personalbestandes. Ein neuer Stellenplan für den Apparat des MWD-Bevollmächtigten vom 13. Juli 1953 sah nur noch 540 Mitarbeiter vor.<sup>89</sup>

Die einschneidenden Veränderungen bei der Geheimpolizei und beim Geheimdienst blieben nicht ohne Rückwirkung auf die Praxis der sowjetischen Militärjustiz in der DDR. Im Vergleich mit dem Vorjahr reduzierte sich die Anzahl der Verurteilungen deutscher Staatsangehöriger 1953 um fast ein Viertel. Bereits ab etwa Ende August 1953 war von den Schuldsprüchen der Tribunale nur noch ein vergleichsweise kleiner Personenkreis betroffen.<sup>90</sup>

Durch die skizzierte Entwicklung und die sich wandelnden Rahmenbedingungen entfiel die Notwendigkeit für den weiteren Unterhalt eines speziellen SMT- und Etappengefängnisses. Im Juli 1953 und in den darauffolgenden Wochen wurden die letzten größeren Kontingente von Verurteilten aus dem Gefängnis Nr. 6 in Berlin-Lichtenberg in die Zwangsarbeitslager des sowjetischen Nordens abtransportiert, unter ihnen angeblich bis zu 150 Personen, die wegen ihres widerständigen Verhaltens am 17. Juni 1953 verhaftet worden waren.<sup>91</sup>

Am 20. September 1953 trat das sowjetische Innenministerium die Verwaltungshoheit über die Haftanstalt auf dem Grundstück Magdalenenstraße 14/Alfredstraße 11 an den „ostzonalen“ Staatssicherheitsdienst ab. Ein dafür ausgefertigter „Akt“ in russischer Sprache trägt die Unterschriften des Stellvertreters des MWD-Bevollmächtigten in Deutschland Oberst Nikolai Makarow, und des zweiten Mannes in der DDR-Geheimpolizei, Staatssekretär Erich Mielke.

Die „Freunde“ gaben das Verwahrgebäude in Berlin-Lichtenberg jedoch nicht vollständig frei. So wurde vereinbart, daß die sowjetischen Geheimpolizisten und Militärjuristen weiterhin Verhaftete in den Zellen 104 bis 130 in der vierten Etage des Gefängnisgebäudes unterbringen bzw. die umfunktionierte Gefängniskapelle als Gerichtssaal nutzen konnten. Die Bewachung und Versorgung dieser einsitzenden MWD-

89 Petrov: Geheimdienstmitarbeiter, S. 25 f.; Bailey, George/Kondraschow, Sergej A./Murphy, David E.: Die unsichtbare Front. Der Krieg der Geheimdienste im geteilten Berlin. Berlin 1997, S. 206 ff.

90 Hilger/Schmeitzner/Schmidt: Sowjetische Militärtribunale, Bd. 2, Anhang, S. 784.

91 Rudolph/Drauschke/Sachse: Hingerichtet in Moskau, S. 58.

Gefangenen sollte jedoch zukünftig das „Staatssekretariat für Staatssicherheit des MdI der DDR“ mit übernehmen.<sup>92</sup>

Im unmittelbaren zeitlichen Umfeld nach der Unterzeichnung der gemeinsamen Vereinbarung übergab die sowjetische Geheimpolizei die Gebäudeschlüssel an das MfS. Mit Datierung auf den 22. September 1953 registrierte die neue Gefängnisleitung zehn in der vierten Etage verbliebene MGB-Gefangene, deren Pseudo-Untersuchungsverfahren abgeschlossen waren oder die nach Entscheid des Militärtribunals auf ihren Abtransport warteten, als Neuzugänge.<sup>93</sup> Anders verfuhr der MGB offensichtlich mit dem Entführungsoffer und Todeskandidaten Walter Linse. In diesem Fall entschieden sich die „Freunde“ aus konspirativen Gründen gegen eine Rückverlegung zum MfS. In ihrem Gefängnis in Berlin-Karlshorst wurde der Abteilungsleiter des UfJ vermutlich monatelang als namenloser Sonderhäftling behandelt, dessen Identität geheimgehalten werden sollte.<sup>94</sup> Dort verurteilte ihn auch das SMT 48240 am 23. September 1953 wegen Spionage zum Tode.<sup>95</sup>

In den folgenden Wochen richtete die Stasi die übernommene Haftanstalt als neuen Standort der UHA II her. Der Umzug des Personals und der Untersuchungsgefangenen aus der Kissingenstraße dürfte nach bisherigen Erkenntnissen etwa Mitte Oktober 1953 realisiert worden sein.

Am neuen Standort blieb der inkompetente und deshalb bei seinen Untergebenen wenig akzeptierte Walter Kühne offiziell weiter Gefängnischef. Im „eigentlichen Sinne“ führte jedoch sein Stellvertreter Leutnant Walter Conrad, der seinem Vorgesetztem „fachlich und politisch“ überlegen war, die UHA II.<sup>96</sup> Im Januar 1954 wurde Conrad dann schließlich als „verantwortlicher“ Anstaltsleiter eingesetzt.<sup>97</sup>

Was die Nachnutzung des geräumten Gefängnisbaus in Berlin-Pankow durch das Staatssekretariat für Staatssicherheit (SfS) betrifft, so liegen dem Autor für die folgenden drei Jahre keinerlei Informationen vor.<sup>98</sup> Erst etwa Ende 1956 stellte die Berliner Verwaltung den sogenannten Hundekeller im Haus 3 außer Dienst und verlegte die

---

92 BStU: Dokumentation über die Liegenschaftsverwaltung des MfS, Nr. 180, Bl. 16 ff.; Halbrock, Christian: Mielkes Revier. Stadtraum und Alltag rund um die MfS-Zentrale in Berlin-Lichtenberg. Berlin 2010, S. 36.

93 Unter diesen Häftlingen befand sich der Berliner Installateur Otto Müller. Er wurde im August 1953 aus Berlin-Karlshorst in das Gefängnis in der Magdalenenstraße überführt. MfS, Abt. XIV 16775. Rudolph/Drauschke/Sachse: Hingerichtet in Moskau, S. 58.

94 Bailey/Kondraschow/Murphy: Front, S. 167.

95 Kirsch, Benno: Walter Linse. 1903 – 1953 – 1996. Dresden 2007, S. 85. Roginski und Mitautoren geben als Tagungsort des SMT dagegen Berlin-Lichtenberg an. „Erschossen in Moskau...“. Die deutschen Opfer des Stalinismus auf dem Moskauer Friedhof Donskoje 1950–1953. Hrsg. v. Roginskij, Arsenij/Rudolph, Jörg/Drauschke, Frank/Kaminsky, Anna im Auftrag von Memorial International, Moskau, Facts & Files – Historisches Forschungsinstitut Berlin und der Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, 3. Vollständig überarbeitete Auflage. Berlin 2008, S. 290.

96 In einer „Beurteilung“ durch den Abteilungsleiter Rumpelt vom 9. November 1953 wurde Kühne u. a. folgendermaßen charakterisiert: „In seinen fachlichen Kenntnissen erwies er sich als nicht ausreichend für die ihm übergebene Funktion und bedurfte ständig einer Kontrolle und Anleitung. MfS, KS 80/75 (Walter Kühne), Bl. 30.

97 MfS KS 80/64 (Walter Conrad), Bl. 29, 31.

98 Auch eine aktuelle Studie über die U-Haft beim MfS füllt diese Wissenslücke nicht aus. Sie gibt in dieser Frage lediglich den Erkenntnisstand von J. Beleites wieder. Beleites: Untersuchungshaftanstalten, S. 13; Passens, Katrin: MfS-Untersuchungshaft. Funktionen und Entwicklungen von 1971 bis 1989. Berlin 2012, S. 67.

dort festgehaltenen Untersuchungsgefangenen sowie ihre Abteilungen IX und XIV aus der Prenzlauer Allee in die Kissingenstraße.<sup>99</sup>

Im zeitlichen Umfeld der Wiedereröffnung der Magdalenenstraße traf die Leitung des Sfs eine weitere Entscheidung, die ihr Gefängnis- und Haftwesen betraf. Anscheinend nahm sie die Protestbewegung im Juni 1953, von der auch eine Reihe von Dienststellen der Geheimpolizei unmittelbar betroffen waren, zum Anlaß, um den zentralen Gefängnissen und Hafteinrichtungen in ihrem Verantwortungsbereich jeweils eine Tarnverordnung zuzuordnen. Diese sollte im internen Aktenverkehr angewendet werden.<sup>100</sup>

Etwa im Oktober 1953<sup>101</sup> erfolgte unter Beibehaltung der bisherigen Kürzel für die beiden zentralen U-Haftanstalten ( H I und H II) eine Kennzeichnung der Haftstätten als „Objekte“. Demnach figurierte im Sfs-Schriftgut das „U-Boot“ (H I) in der Folgezeit auch als Objekt I, das Gefängnis in der Magdalenenstraße (H II) als Objekt II und das Lager X (StV oder Kommando X) als Objekt III.

Teilweise spekulativer Natur sind die publizierten Angaben über das geheimnisvolle Objekt IV oder Objekt O.<sup>102</sup> Bezüglich seiner Entstehung, genauen Lage und Zweckbestimmung sind bisher keine aussagekräftigen Sachakten des Mfs bekannt. Angaben ehemaliger Gefangener<sup>103</sup> und einzelne Quellenfunde im Archiv des BStU<sup>104</sup> belegen, daß es sich bei dieser Haftstätte um eine streng konspirierte Forschungs- und Entwicklungseinrichtung handelte.<sup>105</sup> Unter anderem experimentierten dort verurteilte Häftlinge, die durch eine fachspezifische Hochschulbildung oder durch einen entsprechend praxisbezogenen beruflichen Hintergrund qualifiziert waren, mit Brenn-, Treib- und Explosionsstoffen. In diesem Zusammenhang sollen sie auch Unterlagen für eine Selbstschußanlage aus der NS-Zeit untersucht haben. Die Leitungsverantwortung für das „Sonderobjekt IV“<sup>106</sup> oblag zusätzlich dem „U-Boot-Chef“ Hans Bialas. Im unmittelbaren Lagerbereich der verhafteten Spezialisten selbst wies ab Ende 1953 der Feld- bzw. Oberfeldwebel Erich Unger die dort als Wachposten tätigen Stasi-Mitarbeiter an „und belehrte dieselben über die dienstlichen Aufgaben.“<sup>107</sup>

1955/1956 verlegte das Sfs das Objekt IV auf das ehemalige Fabrikgelände der Deutschen Sprengchemie GmbH in Gumnitz bei Eggesin im Bezirk Neubrandenburg, welches nunmehr vom Ministerium für Nationale Verteidigung (MfNV) verwaltet wurde. Spätestens ab diesem Zeitpunkt bearbeitete die „Stasi-Scharaschka“ Projektaufträge militärischen Charakters. In diesem Kontext übernahm auch das MfNV die Finanzierung der Lohn- und Verpflegungskosten für das aus Berlin abkommandierte Wachper-

99 Fuhrmann: Haftstätte, S. 115.

100 Zumindest kurzzeitig erstreckte sich diese Maßnahme auch auf die anderen Dienstseinheiten im Sperrgebiet in Berlin-Hohenschönhausen. „Zur Verfügung stehende Kräfte der Objektkommandantur Freienwalderstraße“ vom 1. Februar 1954, Mfs Abt. XIV 1164, Bl. 59.

101 Als Quellenbeleg für die Datierung siehe z. B.: Mfs AS 134/79 Nr. 1514/53; Mfs Abt. XIV 126, Bl. 5.

102 Beleites: Abteilung XIV, S. 48; Wiedmann: Dienstseinheiten, S. 92.

103 Vgl. beispielsweise Vorgang Ernst A., ZZA.

104 Hinweise auf die Existenz des Objekts IV gibt es z. B. in den Kaderunterlagen von Mitarbeitern der Abteilung XIV.

105 Der Autor hatte die in der Literatur beschriebenen „Labore“ und „Konstruktionsbüros“ zunächst dem Lager X zugeschrieben. Erler, Peter: „Lager X“. Das geheime Haftarbeitslager des Mfs in Berlin Hohenschönhausen (1952–1974). Fakten – Dokumente – Personen. Mit einem ausführlichen Vorwort von Hans-Eberhard Zahn. (Arbeitspapiere des Forschungsverbundes SED-Staat Nr. 25/1997). Berlin 1997, S. 28 ff. Siehe in diesem Kontext auch die Ausführungen zur „Planstelle S“. Erler: Geheimdienst, S. 98/99.

106 Mfs KS 153/64 (Wilhelm Bodenstern), Bl. 27.

107 Mfs KMS KS 64/64 (Erich Unger), Bl. 30, 49, 51, 52, 57.

sonal und die Häftlinge.<sup>108</sup> Bei letzteren handelte es sich nachweislich um Chemiker, Physiker und Ingenieure. Sie bemühten sich mehrere Jahre lang, ein Explosionsgemisch auf der Basis von Kohlenstaub herzustellen. Ein mißlungener Laborversuch mit tödlichem Ausgang und ein weiteres Explosionsunglück 1959 führten schließlich zur Auflösung des Außenlagers „Taiga“<sup>109</sup>.

#### *Epilog: Veränderungen in den Jahren 1954/55*

Mit dem Umzug der H II in die Magdalenenstraße war die Dislokationsphase des Stasi-Haftwesens auf der zentralen Ebene beendet. Danach fanden quantitative und qualitative Veränderungen bezüglich der Unterbringung von Insassen und Personal nur noch in den bereits bestehenden Repressionsstandorten sowie zumeist auf Basis der dort vorhandenen Gebäudesubstanz statt.

Wegen der anstehenden Baumaßnahmen zur Einrichtung einer Häftlingsambulanz bzw. eines Haftkrankenhauses<sup>110</sup> mußte zum Beispiel 1954 die Vernehmerabteilung der Militärtschekisten ihren bisherigen Dienstsitz auf dem Gefängnisgelände in Berlin-Hohenschönhausen räumen.

Als neues Standortquartier wurden den Verhörspezialisten der Abteilung I/9 Räumlichkeiten im Verwaltungstrakt des Gefängnisses in der Magdalenenstraße zugeteilt. Nunmehr erfolgte gleichfalls die Untersuchungshaft für die Mehrzahl der sogenannten Militärstraftäter und von Personen, die der Militärspionage verdächtigt wurden, im Objekt II.

Wie aus diversen „Vermerken“ über Dienstbesprechungen mit den Leitungskadern der HA I aus den Jahren 1954 und 1955 ersichtlich ist, stand die Abteilung I/9 bei der Bekämpfung von „Zersetzungserscheinungen“ und Spionageaktivitäten sowie der Eindämmung von Befehlsmißachtungen und Disziplinverstößen in den militärischen Polizeiverbänden an vorderster Front. Dabei konzentrierte sich die Repressionspraxis auf zurückkehrende Deserteure, Offiziere und deren Angehörige mit sogenannten Westverbindungen, auf Personen aus West-Berlin oder der Bundesrepublik, die Kontakt zu KVP-Angehörigen suchten oder bereits hatten, sowie auf Prostituierte in der Nähe von Kasernen. 1954 übergab die Abteilung I/9 die Unterlagen von über 300 Untersuchungsgefangenen an die zuständigen Staatsanwaltschaften zur Anklageerhebung. Im Vergleich zum Vorjahr stieg die Zahl der aufgedeckten Spionagefälle weiter an.<sup>111</sup> Daraus leitete Staatssekretär Ernst Wollweber auf einer Dienstberatung der HA I am 4. April 1955 ab, daß „die KVP [...] für den Gegner das wichtigste Objekt in der DDR“ sei. Weiter referierte er: „Wir müssen auch dann handeln, wenn von vornherein noch nicht immer klar ist, ob alle juristischen Formalitäten für die Übernahme für den Staatsanwalt vorhanden sind. [...] Wir werden diejenigen Leute verhaften, wo wir der Meinung sind, daß sie ins Gefängnis müssen.“<sup>112</sup>

Nur wenig Faktenmaterial liegt über die weitere Mitnutzung der Magdalenenstraße durch das MWD/KGB und die sowjetische Militärjustiz vor. Für den Zeitraum Ende September 1953 bis zum Herbst 1955 sind 78 weitere Einweisungen von deutschen Frauen und Männern durch die sowjetische Geheimpolizei in das Gefängnis in Berlin-

---

108 MfS, SdM 1156, Bl. 144–149.

109 So lautete die unter den Häftlingen gebräuchliche Bezeichnung für die Sonderhaftstätte.

110 Erler: Geheimdienste; Voigt, Tobias/Erler, Peter: Medizin hinter Gittern. Das Stasi-Haftkrankenhaus in Berlin-Hohenschönhausen. Berlin 2011, S. 50 ff.

111 Protokoll der Dienstversammlung der HA I am 3. Dezember 1954, MfS SdM 1920, Bl. 29.

112 Vermerk über die Dienstbesprechung der HA I am 4. April 1955, Ebd., Bl. 11 ff.

Lichtenberg namentlich belegt.<sup>113</sup> Der Großteil von ihnen wurde vom SMT der Gruppe der Sowjetischen Besatzungstruppen in Deutschland verurteilt und gelangte von dort in ein DDR-Zuchthaus<sup>114</sup> oder in ein nordsibirisches Haftarbeitslager. Den umgekehrten Weg nahm der eingangs erwähnte Günther Stempel. Nach seiner Verurteilung im Januar 1952 wegen angeblicher „Agenten- und Spionagetätigkeit“ zu 25 Jahren Zwangsarbeit wurde er auf Ersuchen des SfS aus der Gulag-Filiale Workuta am 10. Dezember 1953 erneut in die Magdalenenstraße gebracht.<sup>115</sup> Im Mai 1954 mußte Stempel in einem Schauprozeß gegen seinen Parteikollegen von der LDPD, den Ex-Minister für Handel und Versorgung Karl Hamann, aussagen.<sup>116</sup> Im August 1954 verlegte man Stempel nach einem Zwischenstopp im KGB-Gefängnis in Berlin-Karlshorst wieder ins Workuta-Lager nördlich des Polarkreises.

Im Oktober 1955 endete schließlich die von der sowjetischen Besatzungsmacht verantwortete Praxis der Militärgerichtsbarkeit gegen deutsche Bürger. Die vermutlich letzte Tribunalentscheidung – achtzehn Jahre Besserungsarbeitslager – erzielte den 29jährigen Fritz B. am 24. Oktober.<sup>117</sup> Knapp einen Monat später wurde er aus der Magdalenenstraße zum Strafvollzug in das „Gelbe Elend“ nach Bautzen überführt.<sup>118</sup>

---

113 MfS, Abt. XIV 16775.

114 In den Unterlagen werden die Strafvollzugseinrichtungen in Bautzen, Hoheneck und Waldheim erwähnt.

115 MfS, Abt. XIV 10095.

116 Kowalczyk, Ilko: Opfer der eigenen Politik? Zu den Hintergründen der Verurteilung von Minister Karl Hamann (LDPD). In: Jahrbuch zur Liberalismus-Forschung 16/2004, S. 221–271.

117 Hilger, Andreas Hilger/Petrov, Nikita: „Erledigung der Schmutzarbeit“? Die sowjetischen Justiz- und Sicherheitsapparate in Deutschland. In: Hilger, Andreas/Schmeitzner, Mike/Schmidt, Ute (Hrsg.): Sowjetische Militärtribunale, Band 2: Die Verurteilung deutscher Zivilisten 1945–1955. Köln/Weimar/Berlin 2003, S. 59.

118 B. wurde am 10. November 1955 mit dem Vermerk „Frd.“ in H II eingeliefert. Sein Abtransport in das Zuchthaus Bautzen erfolgte am 22. November 1955. MfS, Abt. XIV 16775.